Wahlzeitraum 2009 - 2014



Niederschrift

über die 36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla (öffentlicher Teil)

Datum, Uhrzeit: 08.05.2014, 19:00 Uhr bis 20:24 Uhr

Ort: Neustadt an der Orla, Ratssaal des Rathauses

TAGESORDNUNG:

Öffentlich:

1. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

- 2. Genehmigung der Niederschrift der 35. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla vom 27.03.2014 (öffentlicher Teil)
- 3. Situationsbericht des Bürgermeisters
- 4. Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2014 einschließlich Haushaltsplan 2014 und Anlagen
- 5. Beschlussfassung zum Finanzplan für die Jahre 2013 2017 mit dem dazugehörigen Investitionsprogramm
- 6. Beschlussfassung zur Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern (Hebesatz-Satzung)
- 7. Anfragen der Fraktionen und Stadträte
- 8. Bürgeranfragen

Anwesenheit:

Bürgermeister

Arthur Hoffmann

BfN-Fraktion

Martina Gerner Werner Greiling Kay Patzer Uwe Pfannenschmidt Udo Schedlinski

Die LINKE.-Fraktion

Heike Hücker Bernd Keidel Gabriele Kühn Dana Oertel Dieter Rebelein

SPD-Fraktion

Olaf Gumz Klaus Kupfernagel Christa Pathe

CDU-Fraktion

Ulrich Wissing Siegfried Eismann Günter Mehlhos Carsten Sachse

Wahlzeitraum 2009 - 2014

entschuldigt

Jane Michel Ralf Weiße

Verwaltung

Heike Jansen-Schleicher Gerald Klenz Jörg Launer Angelika Peißker

Mitglied des Ortsteilrates

Gerold Schmidt

Liste FDP

Karl-Heinz Stolze

Schriftführerin

Melanie Fötsch

Von der Presse nimmt Herr Cissek, OTZ, teil.

An der öffentlichen Sitzung nehmen 13 Mitarbeiter der Stadtverwaltung Neustadt an der Orla sowie ca. 25 Bürger teil.

Der Bürgermeister eröffnet die 36. Sitzung des Stadtrates und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Stadtrates, die Amtsleiter der Stadtverwaltung, die Ortsteilbürgermeister sowie die anwesenden Bürger.

Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Von 21 Mitgliedern des Stadtrates sind anfangs 19, später 20 Stadträte anwesend. Entschuldigt fehlt ein Stadtratsmitglied. **Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.**

Bestätigung des Schriftführers:

Die Mitglieder des Stadtrates bestätigen die Schriftführerin Frau Melanie Fötsch für die Niederschrift der 36. Sitzung des Stadtrates am 08.05.2014.

Abstimmung: 19 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit den entsprechenden Unterlagen wurde an alle Mitglieder des Stadtrates fristgerecht versandt.

Die Mitglieder des Stadtrates bestätigen die vorliegende Tagesordnung der 36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla. Abstimmung: 19 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift der 35. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla vom 27.03.2014 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 35. Sitzung des Stadtrates vom 27.03.2014 wurde an alle Stadträte versandt.

Seitens der Stadträte und Amtsleiter erfolgen keine Änderungsvorschläge.

Beschluss Nr. SRS/590/36/14:

Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift aus der 35. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla vom 27.03.2014 (öffentlicher Teil) in vorliegender Form. Abstimmung: 19 Ja-Stimmen (einstimmig)

TOP 3: Situationsbericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister informiert über folgende aktuelle Sachverhalte.

Umbau/Sanierung Westflügel Klosterkirche und Schloßgasse 31 zu Gemeindesaal

Alle am Bau Beteiligten unternehmen große Anstrengungen, um den Fertigstellungstermin für Ende September diesen Jahres zu halten. Zu den geplanten Leistungen ergeben sich immer wieder kleinere Zusatzleistungen, die so nicht vorhersehbar waren.

Um die Vorausleistungen für die Nachfolgeunternehmen zu erbringen, sind große Anstrengungen durch das Rohbauunternehmen erforderlich. Um dies abzusichern, fanden außerhalb der wöchentlichen Baustellenberatungen gesonderte Abstimmungstermine statt. Die Möglichkeit auch samstags zu arbeiten, wird genutzt.

Parallel laufen bereits die Arbeiten der Folgegewerke im Innenbereich der beiden Baukörper Klosterkirche und Schloßgasse 31.

Lutherhaus Funktionsbau

Mit dem Bau soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Die Verträge für die Planung des Gebäudes sowie die Fachplanungen sind vorbereitet und werden nächste Woche nach Haushaltsbestätigung unterzeichnet.

<u>Lutherhaus – Haupthaus</u>

Zurzeit wird das Gebäude durch die DLG beräumt, um Baufreiheit zu gewährleisten. Als Bauzeit für die Abarbeitung der Lose 1 - 4 ist Juni 2014 bis September 2014 eingeplant. Die Ausschreibung erfolgte.

Die Submission hat am 06.05.2014 stattgefunden. Die abgegebenen Angebote werden von den Planern geprüft; danach erfolgt die Auftragsvergabe.

Grundhafter Ausbau Schulpforte-Mauergasse

Die Arbeiten sollen bis Mitte Mai beendet werden.

Die Pflasterarbeiten sind bereits abgeschlossen.

In Arbeit sind die Bepflanzung, das Aufstellen der Sitzmöbel und die Montage des Zaunes auf der Natursteinmauer.

Haushaltslose Zeit

Die Vorgehensweise in der Haushaltslosen Zeit ist im § 61 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) und § 10 der Kommunalen Doppik (KDG) gesetzlich geregelt. Die haushaltslose Zeit hat zum einen finanzielle Auswirkungen im Verwaltungshaushalt zum anderen im Vermögenshaushalt. Im Verwaltungshaushalt dürfen nur Aufgaben geleistet werden zu deren Leistung eine Kommune verpflichtet oder eine Weiterführung unaufschiebbar ist.

Solange kein beschlossener Haushalt vorliegt dürfen keine freiwilligen Leistungen durchgeführt werden. Zu den freiwilligen Aufgaben gehören z. B.: Auftragserteilungen an die Dienstleistungsgesellschaft, welche Leistungen ausführen wie Reinigung durch die Kehrmaschine, Kleinarbeiten des Wege- und Bürgersteigbaus, Enthausung der Brunnen, wodurch kein Schmücken eines Osterbrunnens in diesem Jahr möglich war. Des Weiteren konnte in diesem Jahr kein Maibaum gestellt werden, da auch diese Tradition leider mit Kosten verbunden ist. Die Kosten setzen sich zusammen aus Absperrungen, Beschallung, Fanfarenzug sowie Aufträge an die Neue Arbeit Neustadt (Orla) und DLG.

Wahlzeitraum 2009 – 2014

Eine Rehraufe für Breitenhain-Strößwitz sowie die Holzverkleidung für das Sozialtherapeutische Zentrum, ebenfalls freiwillige Leistungen, konnten nicht umgesetzt werden, da hierfür Auftragserteilungen an die Neue Arbeit Neustadt (Orla) notwendig wären. Auch zu einer schöner Tradition geworden, ist das 5 Städtetreffen der Partnerstädte welches in diesem Jahr in La Charité stattgefunden hat, allerdings konnte auch dieses, im Zuge der haushaltslosen Zeit, nicht besucht werden. Eine weitere Ausgabe des Verwaltungshaushaltes ist die Erstellung von Gutachten für Grundstücke und Gebäude, die zum Verkauf durch die Stadt angeboten werden sollen, diese Auftragserteilungen sind auch erst im Rahmen eines beschlossenen Haushaltes möglich. Die aufgeführten Beispiele sind nur einige Positionen des Verwaltungshaushaltes, die unter freiwillige Leistungen zählen.

Im Vermögenshaushalt sind keine Auftragsvergaben, Vergaben von Planungsleistungen sowie Ausschreibungen von Maßnahmen, die noch nicht begonnen wurden, möglich. Weiterhin können keine Ausgaben getätigt werden, die Wartungen, Pflege sowie die Neuanlegungen von Spielplätzen betreffen.

Haushalt 2014

Der Haushalt 2014 hat im Verwaltungshaushalt einen Umfang von 10.166.400,00 € und im Vermögenshaushalt 5.651.900,00 €. Es erfolgte eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt in Höhe von 199.600,00 €.

Die schwierige Haushaltssituation, in welcher wir uns befinden auch im Hinblick auf die Folgejahre, entsteht durch Mindereinnahmen und Mehrausgaben.

Die Schlüsselzuweisungen vom Land sind im Jahr 2014 um 188.000,00 € weniger als im Vorjahr. Im Gegensatz dazu stiegen die Mehrausgaben der drei größten Positionen: Kreisumlage, Zuschuss Kindertagesstätten sowie Personal in 2014 um 330.200,00 € im Vergleich zum Vorjahr. Trotz allem bemüht sich die Stadt um einen kontinuierlichen Schuldenabbau. Im Vergleich standen im Jahr 2004 Zinsen in Höhe von 464.722,00 € zu Buche und im Jahr 2014 noch 89.700,00 €.

Die Pro Kopfverschuldung für die Stadt Neustadt (Orla) liegt bei 326,00 €/Einwohner. Im Landkreis liegt die pro Kopfverschuldung bei 535,00 €/Einwohner und im Land Thüringen bei 1.044,00 €/Einwohner.

Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 2014 bis 2017

Für die Jahre 2014 bis 2017 wurden folgende Ausgaben geplant.

Jahr	Gesamtausgaben Vermögenshaus- halt	Ausgaben der geplanten Investitionen (Baumaßnahmen)
2014	5.651.900,00 €	4.394.200,00 €
2015	3.376.700,00 €	2.731.000,00 €
2016	1.518.500,00 €	799.000,00 €
2017	781.400,00 €	112.000,00 €

Jahr	Zuführung an Verwaltungshaushalt aus der allge- meinen Rücklage	
2014	0,00 €	
2015	27.400,00 €	
2016	328.100,00 €	
2017	271.900,00 €	

Jahr	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage Gesamtsummen Vermögens- und Verwaltungs- haushalt	
2014	1.323.200,00 €	
2015	85.200,00 €	
2016	411.300,00€	
2017	374.200,00 €	

Die allgemeine Rücklage beträgt derzeit ca. 3.000.000,00 €.

Im Finanz- und Investitionsplan wurden keine weiteren Erhöhungen der Kreisumlage berücksichtigt. Des Weiteren ist zu hoffen, dass das Land Thüringen das Finanzausgleichsgesetz überdenkt, in dem die Kommunen mit mehr finanziellen Mittel ausgestattet werden und das Kindertagesstättengesetz vollumfänglich durchgesetzt wird, was die Refinanzierung der Mehrkosten an die Kommunen durch das Land bedeutet.

Der Bürgermeister bedankt sich bei den Mitgliedern des Stadtrates für die überwiegend gute Zusammenarbeit in dieser zu Ende gehenden Legislaturperiode, vor allem für die Zeit, die sie diesem Ehrenamt und somit der Stadt Neustadt (Orla) gewidmet haben. Es hat hin und wieder Meinungsverschiedenheiten gegeben, trotz allem konnte sich die Stadt durch die Arbeit der Stadträte sowie der Verwaltung in dieser Legislaturperiode gut entwickeln. Dies wird ebenfalls immer wieder von Außenstehenden bestätigt. Es muss auch künftig eine Zusammenarbeit erfolgen, um im Tritt und Schritt zu bleiben.

TOP 4: Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2014 einschließlich Haushaltsplan 2014 und Anlagen

Herr Hoffmann macht Ausführungen zum Haushaltsplan 2014 für die Stadt Neustadt an der Orla anhand der Beschlussvorlag Nr. 644/ 2009 – 2014.

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss hat den Sachverhalt in der Sitzung vom 05.05.2014 beraten und empfiehlt dem Stadtrat mit 5 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen, die Haushaltssatzung 2013 einschließlich Anlagen zu beschließen.

Folgende Stellungnahmen werden abgegeben:

Herr Udo Schedlinski - BfN-Fraktion

"Werter Herr Bürgermeister, geehrte Damen und Herren Stadträte, verehrte anwesende Bürger,

wir werden heute über den Haushalt 2014 einschließlich seiner Anlagen befinden. Aus der Sicht des BfN ist dieser Haushalt in allen seinen Teilen noch nie so intensiv erstritten, eigentlich mehr erkämpft worden wie der diesjährige.

Wir sagen es an dieser Stelle noch einmal deutlich an die Bürger der Stadt Neustadt an der Orla. Die Aufhebung von Teilen der Tagesordnung, die den Haushalt betrafen in der Stadtratssitzung vom 27.03.2014 war berechtigt.

In der an diesem Tagen vorgelegten Fassung war der Haushalt nicht mehrheitsfähig und aus unserer Sicht auch durch übergeordnete Organe nicht genehmigungsfähig.

Die geforderte nochmalige Klausur wurde am 08.04.2014 durchgeführt, bei der dann noch Forderungen des Stadtrates zur Einarbeitung genannt und eingeflossen sind. (siehe gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen BfN und CDU zur Klausur)

Auch 2014 haben wir den Spagat, zwischen sinkenden Landeszuweisungen und Leistungen, die Kommunen erbringen müssen, zu vollziehen.

Die Verschiebungen der Leistungen erfolgt zu Ungunsten der Kommunen. In einer Pressemitteilung vom 28.03.2014 hat der Gemeinde- und Städtebund Thüringen auf diese dramatische finanzielle Lage der Thüringer Kommunen hingewiesen, trotz überdurchschnittlicher guter Steuerentwicklung. Das Paradoxe ist, dass jede Steuermehreinahme bei den Kommunen die Zuführung des Landes an die Gemeinden und Städte reduziert, auch in den nächsten Jahren. Höhere Steuereinnahmen bei den Kommunen helfen eigentlich eher dem Land.

Der vorliegende Haushalt konnte im Ergebnis der Beratungen in seiner Gesamtheit in den Ausgaben und Einnahmen für 2014 ausgeglichen vorgelegt werden.

Das betrifft den Verwaltungshaushalt als auch den Vermögenshaushalt.

In seiner Gesamtheit entspricht er in geringen Abweichungen dem Volumen des Jahres 2013. Es ist müßig hier und heute im Detail auf das sehr umfangreiche Zahlenwerk einzugehen. Tendenzen lassen sich aber darstellen, zum Haushalt 2013.

Zum Beispiel im Verwaltungshaushalt:

- Allgemeine Verwaltung steigen die Ausgaben bei geringer Einnahmeerhöhung
- Die Ausgaben für soziale Sicherungen steigen erheblich, bei geringer Einahmeerhöhung
- Im Teil allgemeines Grund- und Sondervermögen fallen gegenüber 2013 die Einnahmen bei gleichzeitiger Ausgabensteigerung zu 2013

Zum Beispiel im Vermögenshaushalt:

- Im Bereich Allgemeine Verwaltung steigen die Ausgaben erheblich zu 2013

Um den Haushalt 2014 zu stabilisieren wird aus der Rücklage 2014 geplant 1,323 Mio. € entnommen. Die über Jahre angemahnten geplanten Entnahmen aus den Rücklagen muss auch 2014 wieder erwähnt und angemahnt werden. Dieser Weg ist kritisch zu betrachten. In den Jahren 2015 – 2017 werden keine Rücklagenzuführungen erfolgen.

Ein Abschluss für das Jahr 2013 liegt noch nicht vor. Aufgrund der erheblichen zu erwartenden Steuereinnahmen wird zu erwarten sein, dass für 2013 die geplante Entnahme aus der Rücklage nicht erfolgen wird.

Positiv zu bewerten ist der Rückgang der Verschuldung pro Kopf Einwohner. Ende 2013 beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung ca. 437,00 €. In 2014 würde sich, ohne die rückzahlbare Zuwendung der Städtebauförderung – eine Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 326,00 € zum Jahresende ergeben. Im Vergleich zu anderen Kommunen ist diese Tendenz als äußerst positiv zu bewerten.

Zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt ist zu erwähnen, dass letztmalig im Jahr 2012 in der Differenz aus laufenden Einnahmen zu laufenden Ausgaben ein Überschuss erarbeitet wurde. Im Haushalt 2013 wird bereits ein erheblicher Fehlbetrag ausgewiesen, der sich 2014 fortsetzt, zwar wesentlich geringer, aber immer noch in erheblicher Größe. Laut Finanzplan sind die Ansätze in den Jahren 2015 – 2017 wieder steigend dargestellt.

Damit stellt sich die Forderung, nach Arbeitsaufnahme des neuen Stadtrates, den Finanzplan zu öffnen und intensiv zu beraten. Das ist insofern erforderlich um auch für die nächsten Jahre fördermittelfähig zu bleiben.

Wichtig für uns als BfN-Fraktion ist die Tatsache, dass wir mit unseren Einredungen dazu beigetragen haben u. a. die Hebesätze aus dem Jahr 2013 auch im Jahr 2014 beizubehalten. Das betrifft mit Angleichung des Ortsteiles Breitenhain-Strößwitz die Grundsteuer A, Grundsteuer B und die Gewerbesteuer. Unser Anliegen war und ist es, keine weiteren steuerlichen Belastungen für die Bürger. Ob sich das auch fortsetzen lässt für die Jahre 2015 – 2017 wird sich ergeben. Wir werden die Entwicklung im Auge behalten.

Wahlzeitraum 2009 – 2014

Maßnahmen um die Erzielung eigener Einnahmen zu realisieren, ist der immer wieder angemahnte notwendige Drang Gewerbe anzusiedeln. Hier besteht noch ein erheblicher Nachholdbedarf. Das bedeutet allerdings nun endlichen einen Flächennutzungsplan zu erstellen um Rechtssicherheit für künftige Investoren zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist als Fazit der Haushaltserstellung aus unserer Sicht zu benennen.

- 1. Die Jahresabschlüsse des Vorjahres sind spätestens bis März des zu erstellenden Haushaltsjahres zu erstellen. Das erwächst auch aus der Pflicht z. B. den Haushaltsentwurf 2014 bereits im November 2013 prüfbar in allen Teilen vorzulegen. Das funktioniert zur Zeit, über Jahre nicht, weil Land und Kreis dafür keine Voraussetzungen schaffen, wenn das so ist, dann muss man sich aber auch bemerkbar machen (Kommunen), um diese Tatsache anders zu regeln.
- 2. Der jetzige vorliegende Haushaltsplan beinhaltet noch Problempunkte, die in der neuen Legislatur weiter intensiv bearbeitet werden müssen. Einsparungspotenziale sind bei weiten noch nicht ausgeschöpft. Es muss uns gelingen weitere Entnahmen aus der Rücklage (z. B. 2015 rund 885.000,00 €) nicht in Anspruch zu nehmen. Daraus entwickelt sich:
- 3. Schon im Sommer 2014 müssen wir uns mit der Erstellung des Haushaltsplanes 2015 beschäftigen mit dem Ziel eine weitere Beauftragung einer Haushaltssicherungskonzeption zu vermeiden. Das zu schaffen wird schwer. Das heißt aber auch seitens der Stadtverwaltung höchstmögliche Transparenz aller vorgelegten Zahlen. Eine Haushaltskonsolidierung ist Voraussetzung zur Stärkung der Investitionskraft der Stadt. Die eingestellten Plansummen für 2015 2017 für Investitionen sind dramatisch in ihrem Rückgang.
- 4. Mit der schon Beschäftigung im Spätsommer wird es auch möglich sein, den Stadträten die Haushaltsunterlagen wieder früher zur Einsicht vorzulegen, damit spätestens im Januar das Folgejahres diese prüfbar vorliegen und der Haushalt im Februar/März spätestens beschlossen werden kann. Das muss unser Ziel sein. Insgesamt waren bis jetzt die Prüfzeiten für die ehrenamtlich arbeitenden Stadträte wesentlich zu kurz!

Was bleibt meine Damen und Herren: Dieser Haushalt ist ein Kampfhaushalt!

Durch die gute Konjunktur, die auch aus jetziger Sicht anhalten soll und den zu erwarteten Steuereinnahmen (Gewerbe und Lohn/Gehälter) sind die Sorgen etwas gedämpft worden.

Vorzunehmen ist noch der Finanzplan für die Jahre 2015 – 2017. Der Ausgleich ist nur mit Entnahmen der allgemeinen Rücklage und der Verschiebung investiver Maßnahmen möglich. Das ist aber nicht der Weg der Zukunft!

Hauptaufgabe wird es sein, vor allem im Verwaltungshaushalt alle Einsparmöglichkeiten zu prüfen.

Schaffen wir es nicht uns diesem Zwang der Kostensenkung zu unterziehen, wird unsere schöne Stadt in erhebliche finanzielle Schieflagen geraten, auf Dauer!

Vielen Dank!"

Herr Hoffmann korrigiert einen Punkt des Statements: Der Haushalt der Stadt ist nicht genehmigungspflichtig. In den letzten 10 Jahren mussten keine genehmigungspflichtigen Teile aufgenommen werden, dies wären Kredite oder Verpflichtungsermächtigungen.

Frau Oertel ist ab 19:30 Uhr anwesend.

Herrn Dr. Dieter Rebelein - DIE LINKE.-Fraktion

"Herr Bürgermeister, verehrte Stadtratsmitglieder,

Eigentlich hätten wir schon im März den Haushalt verabschieden können, es hat sich an den Zahlen des Vermögenshaushaltes und auch Verwaltungshaushalt nichts geändert. Wir hätten über einen Nachtragshaushalt all die Dinge in einer weiteren Klausur abklären können, so hätte die Stadt einen Osterbrunnen, Maibaum gehabt und Straßenkehrungen hätten durchgeführt werden können. Aber dies sollte nicht sein und eine weitere Klausur war erforderlich, so viele hatten wir bisher noch nie, aber unser Problem liegt ja wo anders.

Wir könnten meinen, was lange währt, wird endlich gut. Hoffen wir es für die Stadt Neustadt. Eigentlich sollten wir optimistisch nach vorn schauen – die guten Nachrichten von Bund und Land scheinen nicht abreißen zu wollen.

Wir erfahren aus dem Munde vom Finanzminister Herrn Voss, dass es den Kommunen in Thüringen mehr als gut geht, denn die Kommunen haben in 2013 insgesamt 81 Mio. € Überschuss erwirtschaftet. Wir erfahren, dass es mehr Geld für die Sanierung von Schulen geben soll. Warum also wird immer über zu wenig Geld gejammert? Warum werden die Rahmenbedingungen, die das Land und der Bund den Kommunen vorgeben immer schwieriger? Warum haben wir dieses Jahr so lange für unseren Haushalt gebraucht? Warum brauchen wir eine Haushaltskonsolidierung?

Geben wir auf der einen Seite zu viel Geld für eine funktionierende Verwaltung aus, leisten wir uns zu viel Bildung und Kultur? Sind wir zu zögerlich, wenn es darum geht, einen Blick in die Zukunft zu werfen, wenn es darum geht, wie soll sich unsere Stadt entwickeln, um für viele Menschen lebenswert zu sein? Dieses sind nur ein Teil der Fragen, die beantwortet werden sollen, wenn man sich mit den Finanzen der Stadt beschäftigt. Ja auch unsere Fraktion, hat schon seit mehreren Jahren gefordert, dass ein Umdenken in der Verwaltungsstruktur stattfinden muss, dass neue Ideen diskutiert werden müssen. Schade ist, dass viel Zeit verstreichen musste, bis dies ernsthaft ins Rollen gebracht wurde. Fest steht aber auch, dass unsere Fraktion nicht mit allen Vorschlägen mitgehen kann und unsere Fantasie nicht immer ausreicht, wie so mancher Vorschlag der Stadt von Nutzen ist. Wir fordern weiterhin ein, dass bei neuen Vorhaben/Investitionen lieber zwei-oder dreimal auf die Folgekosten geschaut wird und die Frage der zukünftigen Finanzierung nicht nur rhetorisch gestellt wird.

Vor Kurzem stand in einem Leserbrief in der OTZ zu lesen: Die Steuern, Gebühren und Abgaben sind die Hure der Abgeordneten. Der Briefschreiber war nach der Wende Landrat mit CDU-Mandat in einem Nachbarkreis. Unsere Fraktion wehrt sich entschieden gegen Erhöhungen von Grundsteuern, Straßenausbaubeiträgen oder der Einführung von Gebühren der Bibliothek. Wir sind uns bewusst, der Umgang mit öffentlichen Mitteln erfordert eine hohe Disziplin, Sachund Fachkenntnis und Weitblick für die sichere Zukunft der Kommune.

Die Haushaltsituation in N/O. ist nicht das Ergebnis einer verschwenderischen Verwendung von Steuern, Gebühren und Beiträgen unserer Bürger durch die Stadtverwaltung und den Stadtrat. Es ist vor allem der seit Jahren hinausgeschobenen Änderungen im kommunalen Finanzausgleich, einer fehlenden Verwaltungsreform und der fehlenden Durchsetzung von existenzsichernden Mindestlöhnen geschuldet-alles Gründe, die an anderer Stelle zu entscheiden sind. Wir haben noch nie seit 1990 so viel Zeit in die Planvorbereitung investieren müssen.

Der HH-Plan unserer Stadt steht auf dem Kopf.

Niedrigere Einnahmen sollen durch noch höhere Kostensenkungen ausgeglichen werden und dabei die Stadt für ihre Einwohner –insbesondere Kinder, Jugend und Berufstätige – aber auch für Gäste und Gewerbe attraktiver werden.

Die höhere Kreisumlage und die gesunkenen Schlüsselzuweisungen sind schwer zu schultern und dieses Jahr nicht ausgleichfähig.

Ein attraktives, lebens – und liebenswertes Städtchen N/O. ist ohne grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen für die Städte und Gemeinden nicht zu schaffen.

Ein kleiner Vergleich soll das Bild verdeutlichen:

Vor 5 Jahren betrug unser VerwHH 9,092 Mio €. In 2014 beträgt er 10,166 Mio €, das ist eine Steigerung auf 111,8 %. Zieht man die Erhöhung der Kreisumlage ab, dann beträgt die Erhöhung weniger als 110 %. Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sind aber in den letzten 5 Jahren auf 118 % gestiegen!

Warum profitieren nur Bund und Länder von den steigenden Steuereinnahmen?

Die Städte und Gemeinden, besonders in den neuen Bundesländern, dürfen dafür ihre letzten Reserven aus den Rücklagen aufbrauchen und sollen außerdem noch ein Haushaltsicherungskonzept erstellen.

Diese verkehrte Welt kann nicht von der LINKEN unterstützt werden.

Unsere Fraktion hat wesentliche Vorschläge zur Ausgleichsfähigkeit des HH gemacht, welche z.T. Berücksichtigung fanden:

Außerdem fordern wir erneut und hartnäckig:

die Stadtverwaltung muss zu jeder Baumaßnahme des Vermögenshaushalts vorlegen, mit welchen Folgekosten aus diesen Investitionen zu rechnen ist.

Trotz eines Beschlusses im Stadtrat ist z.B. weder für den neuen Festsaal noch für das Lutherhaus eine solche zuverlässige Berechnung vorgelegt worden.

Auch wurde bisher nicht vorgelegt, wie sich die Einnahmen und Ausgaben für die Luca-Cranach-Konferenz im vergangenen Jahr zusammensetzen, denn allein die Versicherungssumme für die Ausstellungsstücke lag wesentlich über den im Haushaltplan enthaltenen Kosten. In Zusammenarbeit zwischen Schulträger = Landratsamt und Stadt müssen die im Vergleich abgestimmten Maßnahmen (Schulhorte und Mensa) zügig und den modernen Anforderungen entsprechend umgesetzt werden.

Alles in Allem – wir haben unseren Beitrag zur Haushaltplanung geleistet.

Da es aber um Grundfragen der Haushaltpolitik von Bund und Land geht, kann es von der LIN-KEN keine Zustimmung geben. Es kann nicht sein, dass von Seiten der Landesregierung gewartet wird, bis der auch letzte Cent der Rücklage endgültig verbraucht sein wird. Wir werden uns enthalten."

Herr Ulrich Wissing – Vorsitzender der CDU-Fraktion

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Dr. Rebelein wir hatten dem Haushalt gemeinsam mit der BfN-Fraktion nicht zugestimmt, es erfolgten Beratungen mit den Fraktionsvorsitzenden, wobei die DIE LINKE.-Fraktion nicht anwesend war. Dadurch konnte diese nicht an der weiteren Konsolidierung beitragen. Die Aussagen des Herrn Dr. Rebelein sind nicht richtig, es wurden zwar keine Zahlen im Haushalt geändert, aber es erfolgten Änderungen in der Haushaltssatzung durch Einführung eins weiteren Paragraphen. Dadurch werden die Ausgabenansätze des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 5 % gesperrt, ausgenommen hiervon sind Personalausgaben und Zuschüsse an Vereine. Die Zahlen wurden nicht geändert, um den Verwaltungsaufwand niedrig zu halten, dies wurde im Finanz- und Liegenschaftsausschuss mitgeteilt. Der Finanzplan 2015 wurde auf ca. 800.000,00 € reduziert. Dadurch ist festzustellen, dass sich diese Beratungen gelohnt haben und sinnvoll waren. Die Einwohnerzahlen sind drastisch gesunken, allerdings hat sich der Verwaltungshaushalt enorm erhöht, dies ist ein Indiz dafür, dass die Stadt über den Verhältnissen lebt. Trotzdem werden wir den diesjährigen Haushalt zustimmen, weil wir gegenüber den Bürgern und der Stadt verpflichtet sind, dass endlich wichtige Baumaßnahmen beginnen. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass der Haushalt ausgeglichen ist. Man darf nicht nur auf das Land und den Kreis schimpfen. Herr Dr. Rebelein, Sie haben vergessen auf den Kreis zu schimpfen, wo Sie selber sitzen und selbst mitverantwortlich sind für die Kreisumlage. Dies ist für die LINKEN typisch von andern Leuten Leder, ist gut Riemen schneiden, da sind wir anders. Wir wollen unsere Bürger nicht weiter belasten mit zu hoher Gewerbe- und Grundsteuer. Es sollte eine Straßenkehrgebühr eingeführt werden, dass wurde abgelehnt. Wir werden den Haushalt zustimmen, weil wir uns den Bürgern und der Stadt verpflichtet fühlen. Danke."

Herr Olaf Gumz - Vorsitzender der SPD Fraktion

"Ein Großteil wurde schon gesagt, aus diesem Grund fasse ich mich kurz. Es ist richtig mich an Herrn Wissing anzuschließen, bevor Steuern und so weiter erhöht werden, muss erst auf die eigenen Finger geklopft werden und danach wird weitergesehen. In diesem Sinne stimmen wir als SPD-Fraktion TOP 4 und 5 zu."

Herr Karl-Heinz Stolze (parteilos) - Mitglied des Stadtrates,

"Ich kann der Haushaltssatzung 2014 nicht zustimmen, da sie weiterhin auf Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen setzt und Einsparmöglichkeiten nur halbherzig und widerwillig berücksichtigt. Die ungewöhnliche lange Diskussionsphase, die bis zur Vorlage dieser Fassung des Haushaltsplanes 2014 erforderlich war, zeigt die große Diskrepanz zwischen denen, die mit ihrer täglichen Arbeit die Mittel erwirtschaften und denen, die sie teilweise beliebig und oft gegen den ausdrücklichen Willen derer die bezahlen müssen ausgeben.

Solange ein ohnehin ungeliebtes und bekämpftes weil unzeitgemäßes kommunales Beitragsrecht dazu missbraucht wird, sogar völlig intakte Straßen grundhaft auszubauen, haben wir noch einen langen Weg bis zu einem wirklich akzeptablen Haushalt vor uns.

Erst wenn es uns gelungen ist die Intransparenz gegenüber Bevölkerung und Stadtrat und Beliebigkeit bei der Erledigung von Stadtratsbeschlüssen zu überwinden besteht Aussicht auf Besserung. Dankeschön."

Herr Sachse erklärt, dass der vorliegende Haushalts- und Finanzplan einen Kompromiss zwischen den Forderungen des Stadtrates und den Widerstand des Bürgermeisters, zu Gunsten der Bürger und Vereine, darstellt. Die Forderung einer Stelle in der Feuerwehr bleibt weiterhin bestehen und ist entsprechend des Stellenplanes zu besetzen.

Herr Hoffmann teilt mit, dass die Erläuterungen der einzelnen Fraktionsvorsitzenden akzeptabel sind und keiner Änderungen bedürfen. Die Stelle der Feuerwehr kann in einer derartigen Haushaltslage von außen nicht besetzt werden. Eine Möglichkeit vor der Haushaltssicherung hat bestanden, allerdings wurde der vorgeschlagene Kompromiss nicht angenommen.

Herr Sachse erläutert, dass es dem Stadtrat egal ist, ob die Stelle von außen oder innen besetzt wird, sondern wichtig ist, dass sie besetzt wird.

Herr Keidel informiert, dass er aus Protestgründen gegen die Haushaltssatzung und den Finanzplan stimmt, da die Beschlüsse, welche in den letzten Jahren gefasst wurden, die Spanne zwischen Arm und Reich immer größer macht. Dies ist seiner Meinung nach die falsche Politik und es wird negative Folgen nach sich ziehen. Die Stadt leistet sich zu viel Luxus wie Festsaal, Lutherhaus etc. Des Weiteren erläutert er, dass der Grund des hohen Einwohnerverlustes der falschen Politik geschuldet ist, da zu wenig für die ärmere Bevölkerung in Neustadt umgesetzt wird. Er macht Ausführungen, dass sich bei einer künftigen Ausschreibung der Aufgaben der Stadtgärtnerei die Kosten um 30 % erhöhen werden.

Herr Keidel hofft auf eine bessere Zusammenarbeit und eine ordentlichere Umgangsweise innerhalb des zukünftigen Stadtrates.

Herr Schedlinski erklärt, dass Kritik ein Wesensmerkmal der Demokratie darstellt und diese eine konstruktive Zusammenarbeit nicht einschränkt.

Herr Dr. Rebelein, gibt Antwort auf die Erläuterungen des Herrn Wissing. Er erklärt, dass er im Finanzausschuss des Kreistages einfaches Mitglied ist und dies keine hervorgehobene Stellung darstellt. Er ist der Meinung, dass die CDU im Kreistag viel stärker vertreten ist und gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD größere Ziele erbringen kann, als DIE LINKE.-Fraktion.

Des Weiteren wird stark über ein Neustädter Naturbad diskutiert.

Wahlzeitraum 2009 - 2014

Herr Hoffmann stellt nach angeregtem Meinungsaustausch den Antrag auf Ende der Debatte. **Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 1 Stimmenthaltung**

Beschluss Nr.: SRS/591/36/14

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 57 der Thüringer Kommunalordnung die Haushaltssatzung der Stadt Neustadt (Orla) für das Haushaltsjahr 2014 samt ihrer Anlagen nach § 2 Absatz 2 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung. Die Wirtschaftspläne 2014 und die Jahresabschlüsse 2012 der DLG mbH und der WohnRing AG als Unternehmen mit Beteiligung der Stadt dienen dem Zweck, einen Überblick über die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt zu geben. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Abstimmung: 13 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 5 Stimmenthaltungen

Somit entfällt der Tagesordnungspunkt 6, da dieser nur erforderlich gewesen wäre, wenn die Haushaltssatzung keine Mehrheit bekommen hätte. In diesem Fall hätte für den Ortsteil Breitenhain/Strößwitz eine eigene Hebesatzung erarbeitet werden müssen.

TOP 5: Beschlussfassung zum Finanzplan für die Jahre 2013 - 2017 mit dem dazugehörigen Investitionsprogramm

Der Bürgermeister informiert über den Sachverhalt anhand der Vorlage Nr. 645/2009 - 2014.

Herr Hoffmann erläutert, dass die Erstellung des Finanzplanes den größten Zeitaufwand erfordert hat.

Der gewünschte Ausgleich auf "Null" konnte nicht realisiert werden. Herr Hoffmann informiert, dass in den nächsten Jahren auf die Rücklage zurückgegriffen werden muss, um den Haushalt auszugleichen. Dadurch müssen Baumaßnahmen erstmals zurückgestellt werden. Das Haushaltsvolumen kann in 2014 nicht abgearbeitet werden. Herr Hoffmann kann sich nicht vorstellen, dass das Haushaltssicherungskonzept, trotz der getätigten Einsparungen im Finanzplan, entfällt, er wird dies mit der Rechtsaufsichtsbehörde abklären.

Herr Sachse erklärt, dass solange keine schwarze "Null" im Finanzplan enthalten ist, es auch keinen Ausweg aus der Haushaltskonsolidierung gibt. Des Weiteren teilt er mit, dass er dem Finanzplan nicht zustimmen wird, da keine Investitionen für die Ortsteile enthalten sind.

Beschluss-Nr.: SRS/592/36/14

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 62 der Thüringer Kommunalordnung den Finanzplan für die Jahre 2013 – 2017 mit dem dazugehörigen Investitionsprogramm. Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 8 Stimmenthaltungen

TOP 6: Beschlussfassung zur Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern (Hebesatz-Satzung)

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.

TOP 7: Anfragen der Fraktionen und Stadträte

Abnahme von Straßen bei Fremdmaßnahmen

Herr Hoffmann bestätigt auf Anfrage, dass immer eine Abnahme seitens der Stadt bei Fremdmaßnahmen (z. B. durch den Zweckverband, SWN etc.) erfolgt.

Wahlzeitraum 2009 – 2014

Oberflächenbehandlung Mühlstraße

Der Bürgermeister teilt auf Anfrage des Herrn Keidel mit, dass die finanziellen Mittel für Oberflächenbehandlungen der Straßen um 20.000,00 € erhöht wurden. In der Mühlstraße wird die Oberflächenbehandlung in 2014 beginnen.

Kirchplatz 5

Herr Schedlinski bittet um einen Termin mit allen Beteiligten, damit alle Belange geregelt werden können. Herr Hoffmann bestätigt, dass dies erfolgen wird, um die Raumfrage etc. abzuklären.

Stand Neubau REWE und Drogeriemarkt

Frau Kühn erkundigt sich nach dem aktuellen Stand Neubau REWE und Drogeriemarkt. Für den Neubau REWE wird derzeit Bauantrag gestellt, Ende August soll mit den Bauarbeiten begonnen werden. Im Frühjahr 2015 soll die Maßnahme beendet werden. Der Rückbau des alten REWE Marktes wurde im städtebaulichen Vertrag festgehalten und erfolgt nach dem Neubau. Diese Fläche wird nicht wieder bebaut.

Für die 2. Änderung B-Plan Triptiser Straße erfolgt derzeit eine erneute Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.

TOP 8: Bürgeranfragen

Drogeriemarkt

Herr Dr. Liebert erklärt, dass die Frage zum Stand Drogeriemarkt nicht beantwortet wurde. Herr Hoffmann teilt mit, dass dies abhängig ist von der 2. Änderung des Bebauungsplanes Triptiser Straße. In Zusammenhang mit REWE wird es einen Drogeriemarkt zunächst nicht geben. Es muss nun abgewartet werden, ob auf dem Grundstück der KSK Saale-Orla, Baurecht erteilt wird, sollte dies erfolgen, so kann auf dieser Fläche ein Drogeriemarkt entstehen, ansonsten muss wo anders ein Drogeriemarkt etabliert werden.

Der städtebauliche Vertrag eines Grundstückseigentümers wurde nicht unterzeichnet, dadurch kam es zum Zeitverzug der Maßnahme.

Es werden keine weiteren Anfragen eingebracht.

Nach Abhandlung der Tagesordnung beendet der Bürgermeister den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Stadtrates gegen 20:24 Uhr. Es findet für ca. 10 Minuten eine kurze Unterbrechung der Sitzung statt.

A. Hoffmann M. Fötsch Bürgermeister Schriftführerin

<u>Hinweis:</u> Die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung kann im Mitgliederbereich des Ratsinformationssystems bzw. im Büro des Stadtrates eingesehen werden.

Verteiler:

Mitglieder Stadtrat, Amtsleiter, OT-Bürgermeister, Geschäftsführer SWN und WohnRing AG, Büro des Stadtrates (z. d. A.)

Vor der Sitzung wurden an die Mitglieder des Stadtrates folgende Unterlagen verteilt:

- Vorlage Nr. 645/ 2009 2014 mit den Anlagen: Finanzplan 2013 2017, Investitionsprogramm 2013 2014
- Anschreiben Siegfried Stejke vom 26.04.2014



Beschlussprotokoll

über die 36. Sitzung des Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla am 08.05.2014 (öffentlicher Teil)

	<u></u>
SRS/590/36/14	Der Stadtrat genehmigt die Niederschrift aus der 35. Sitzung des
	Stadtrates der Stadt Neustadt an der Orla vom 27.03.2014 (öffentli-
	cher Teil) in vorliegender Form.
	Abstimmung: 19 Ja-Stimmen (einstimmig)
SRS/591/36/14	Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 57 der Thüringer
	Kommunalordnung die Haushaltssatzung der Stadt Neustadt (Orla)
	für das Haushaltsjahr 2014 samt ihrer Anlagen nach § 2 Absatz 2
	Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung. Die Wirtschaftspläne
	2014 und die Jahresabschlüsse 2012 der DLG mbH und der Wohn-
	Ring AG als Unternehmen mit Beteiligung der Stadt dienen dem
	Zweck, einen Überblick über die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt zu
	geben. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut
	(siehe Anlage).
	Abstimmung: 13 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 5 Stimmenthaltungen
CDC/E02/2C/AA	
SRS/592/36/14	Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 62 der Thüringer
	Kommunalordnung den Finanzplan für die Jahre 2013 – 2017 mit
	dem dazugehörigen Investitionsprogramm.
	Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimmen, 8 Stimmenthaltungen

Neustadt an der Orla, 27.05.2014

A. Hoffmann Bürgermeister